

## Überleben in finsterner Zeit



Am 10. April 1933 hisst die SA die Hakenkreuzfahne auf dem Freiburger Rathaus

Die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft von 1933–1945 brachten der Freiburger Gewerbebank die längste und tiefste Krise ihrer Geschichte: Am Anfang stand der größte Einbruch an Liquidität, den die Bank je erlebt hatte, am Ende die teilweise Zerstörung des Bankgebäudes und der Tod des Direktors Carl Hoffmann beim Bombenangriff am 27. November 1944. Hinzu kamen die für eine Bank in dieser Zeit unvermeidbaren Verstrickungen in das Unrechtssystem des „Dritten Reiches“.

Reibungslos und ohne nennenswerten Widerstand vollzog sich die Machtergreifung in Freiburg, wie fast überall. Am 30. Januar 1933 hatte Reichspräsident Hindenburg NSDAP-Führer Adolf Hitler zum Reichskanzler ernannt. Am 27. Februar nutzten die Nazis den Brand des Reichstages, um mit der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“ die Grundrechte der Weimarer Verfassung auszuhebeln. Schon am 10. April riss der „Schriftleiter“ – so hießen damals Chefredakteure – des Freiburger NSDAP-Kampfblattes „Der Alemanne“, Franz Kerber, das Amt des Oberbürgermeisters kommissarisch an sich, am 19. Mai ließ er sich formell bestätigen. Nach nur drei Monaten war die demokratische Selbstverwaltung der Stadt durch das „Führerprinzip“ ersetzt: Anstelle des gewählten Gemeinderats amtierte ein von der NSDAP-Kreisleitung ernannter willfähriger Bürgerausschuss.

## Nationalsozialismus und Mittelstand

Schon lange vor der „Machtergreifung“ hatte die NSDAP Handwerker, Händler und Gewerbetreibende umworben. Das NSDAP-Parteiprogramm propagierte die „Kommunalisierung“ der Großwarenhäuser und zugleich „schärfere Berücksichtigung aller kleinen Gewerbetreibenden bei Lieferungen an den Staat, die Länder und Gemeinden“. Während der Weltwirtschaftskrise schwang sich die NSDAP zum Anwalt der „kleinen Leute“ auf. Die demagogische Saat ging auf und schon bald konnte die NSDAP einen starken Zustrom neuer Wähler aus diesen Bevölkerungsschichten für sich verbuchen.

Um das bedrohte Kleinbürgertum enger an sich zu binden, hatte Hitler im Dezember 1932 den „Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand“ gegründet und dem Hitler-Jugend-(HJ)-Führer Adrian von Renteln unterstellt. Er sollte die deutschen Mittelständler zu Nationalsozialisten erziehen. Der

Kampfbund griff die Kaufhäuser jüdischer Besitzer und die „roten“ Konsumgenossenschaften an. Nicht nur mit Propaganda, sondern auch mit brutaler Gewalt. Schaufensterscheiben und Ladeneinrichtungen wurden zerstört, Verkaufspersonal bedroht. Mit Hilfe des Kampfbunds ließ sich Adrian von Renteln im Juni 1933 zum alleinigen Präsidenten des Industrie- und Handelstages wählen. Bereits im Mai war unter seinem Einfluss ein „Reichsstand des deutschen Handwerks“ und ein „Reichsstand des deutschen Handels“ gegründet worden.

Im Mai 1933 wurden die im Umfeld der SA entstandenen „Kampfbünde“ wie etwa der Kampfbund für deutsche Kultur wieder aufgelöst, weil nun die „Kampfzeit“ vorbei sei. Nur der Kampfbund für den gewerblichen Mittelstand bestand weiterhin. Doch sein Name erschien nicht mehr zeitgemäß, er wurde daher in „National-

sozialistische Handwerks- und Gewerbe-Handelsorganisation“ (NS-Hago) umbenannt. Im August 1933 wurde die Hago auf Anordnung Hitlers in die Deutsche Arbeitsfront (DAF) eingegliedert.

Im gleichgeschalteten NS-Staat sollte das „Führerprinzip“ von der Spitze einer Pyramide bis zur kleinsten gesellschaftlichen Einheit an der Basis verwirklicht werden. So wie die „Volksgemeinschaft“ insgesamt dem Führer Adolf Hitler direkt unterstellt war, sollte jede Teilgemeinschaft durch Befehl und Gehorsam geführt werden. Dazu wurde auf die feudale Ständeordnung zurückgegriffen: Nicht nur im Handel und im Gewerbe, auch in der Landwirtschaft („Reichsnährstand“). In der Industrie waren die Unternehmer „Wirtschaftsführer“ in ihren „Betriebsgemeinschaften“, die Arbeitnehmer wurden in der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF) zwangsvereint.

In ihrem Kampf gegen „das Judentum“ verlor das Nazi-regime keine Zeit. Schon am 1. April 1933 wurde unter der Parole „Kauft nicht bei Juden!“ ein Boykott jüdischer Geschäfte, Handwerker, Ärzte und Anwälte ausgerufen. In Freiburg waren gut 250 Läden, Betriebe und Praxen betroffen. Ab 10 Uhr verwehrten SA-Männer Kunden den Zutritt zu jüdischen Geschäften. Das NS-Blatt „Der Alemanne“ hatte zuvor Namenlisten jüdischer Einzelhändler veröffentlicht und einzelne Geschäftsleute durch Hetzartikel zusätzlich diffamiert, indem ihnen unlauteres Geschäftsgebahren oder gar „Schürzenjägerei“ nachgesagt wurde. Auch wenn zynischerweise behauptet wurde, bei der Boykottaktion sei „keinem Juden auch nur ein Haar gekrümmt“ worden, waren die Folgen verheerend. Viele Kunden, die sich in der Anfangszeit noch mutig gegen die antisemitische Hetze gestemmt hatten, mieden künftig aus Angst jüdische Geschäfte, und dort gingen schnell die Umsätze zurück.



Am 1. April 1933 marschierte die SA vor den jüdischen Geschäften auf, um Inhaber und Kunden einzuschüchtern. Auch das Kaufhaus Knopf mit Häusern in Freiburg und Lörrach war betroffen. Die Aufnahme zeigt den „Boykott“ der Nazis vor dem Kaufhaus Knopf in Lörrach, Adolf-Hitler-Straße (heute Basler Straße) 152



„Komfort“ für Kleinwohnungen und Siedlungen; Werbeblatt des Freiburger Sanitärfachgeschäfts Hoffmann von 1937

### Die Freiburger Gewerbebank nach der Machtergreifung

Bei der Freiburger Gewerbebank selbst gab es keine Mitarbeiter jüdischen Glaubens. Doch unter ihren Mitgliedern waren viele jüdische Handwerker und Gewerbetreibende, die unter zunehmender Verfolgung zu leiden hatten. Auch die Genossenschaften kamen unter Druck. Der Deutsche Genossenschaftsverband – gleichgeschaltet wie andere Verbände auch – nahm einen Paragraphen in die Mustersatzung auf, der den Ausschluss der „nichtarischen“ Mitglieder nahelegte. Dieser diskriminierende Passus wurde nicht überall in die Satzungen übernommen, auch in Freiburg nicht.

Dennoch war die Freiburger Gewerbebank vom Boykott jüdischer Betriebe und Geschäfte insofern berührt, da eine ganze Reihe ihrer Geschäftspartner und Mitglieder betroffen war. Die Gewerbebank war zum Beispiel „die Bank der Metzger“. Für sie und die Viehhändler war 1934 eigens eine Zahlstelle im Freiburger Schlachthof gegründet worden. Jüdische Viehhändler wurden zur bevorzugten Zielscheibe nationalsozialistischer Hetze.



Eigener Herd ist Goldes Wert – Werbeblatt des Freiburger Haushaltsgeräthändlers Disch von 1935

## Genossenschaften und Nationalsozialismus

Am 15. März 1933 erschien im Völkischen Beobachter ein Artikel unter dem Titel „Die Genossenschaften im Kampf um ihre Idee“. Das demokratische Selbstverwaltungs- und Organisationsprinzip der Genossenschaften wurde als historisch überlebt bezeichnet, Genossenschaften sollten der NS-Ideologie und dem Führerprinzip untergeordnet werden. „Die heutigen Genossenschaften haben nicht immer die Kraft, nationalpolitische, wirtschaftlich-schöpferische, aufbauende Keimzellen zu werden. Die heutige Idee des Genossenschaftswesens wird mit der Zeit des sterbenden Kapitalismus selber ihr Ende finden; die Führer des Genossenschaftswesens werden die Schwingungen der neuen Zeit erkennen müssen – einer Zeit, die nicht ausschließlich im Individuum, im ‚Ich‘ Genüge finden kann, sondern die Bindung in höhere Kräfte, an die Kräfte des Volkstums finden will und finden wird, Wille und Kraft zu dieser Entwicklung ist in vielen Genossenschaften vorhanden, Pflicht der Führer ist es, Kraft und Willen zu dieser neuen großen Idee zu binden und zu formen.“

Während den mittelständischen Kreditgenossenschaften jedoch eingeräumt wurde, dass sie zur Einsicht kämen und das Führerprinzip aus eigenem Antrieb in ihren Organisationsstrukturen verwirklichten, wurde den sozialdemokratisch, also „marxistisch“ beeinflussten Konsumgenossenschaften der Kampf angesagt.

Viele ihrer Geschäftsführer wurden verhaftet, die Organisationen aufgelöst.

Werbung des Freiburger Sportartikel-Kaufhauses Blust von 1939

**Winter 1938/39**



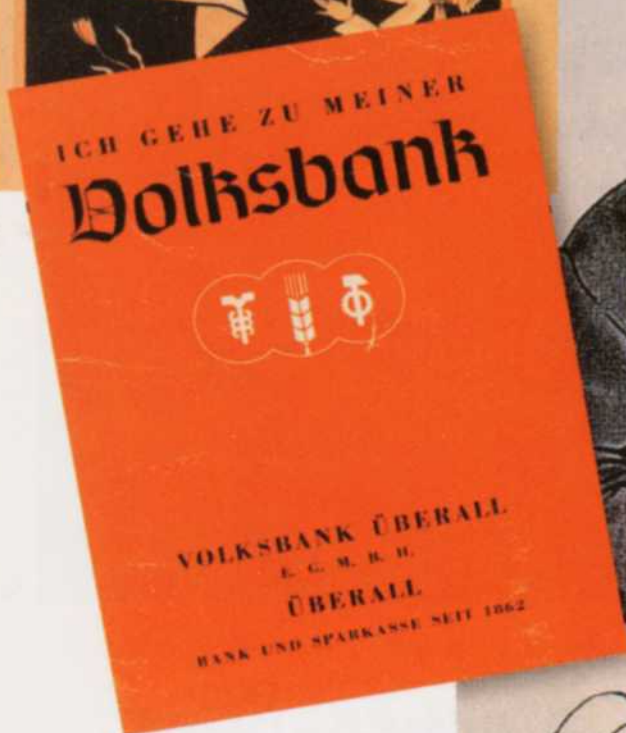
Photo C. J. Lottler

**Das altbewährte Haus**  
**C. Werner-Blust**

**FREIBURG I. BR.**  
**ADOLF-HITLER-STRASSE 195**

Fernruf 4444

Postscheckkonto:  
Karlruhe Nr. 185



Werbung  
der Volksbanken  
in den dreißiger  
Jahren



*Nur Sport, Sport  
für die Zukunft!*

## Im Räderwerk der Gleichschaltungspolitik

Nur wenige Wochen nach der Machtergreifung geriet auch die Freiburger Gewerbebank in den Sog nationalsozialistischer Ordnungspolitik. Auf einer Zusammenkunft von Vorstand und Aufsichtsrat am 11. April 1933 berichtete Direktor Carl Hoffmann über eine Sitzung der Haftungsgenossenschaft badischer Kreditgenossenschaften in Karlsruhe und des Kreditausschusses bei der Landesgewerbebank für Südwestdeutschland, Karlsruhe. Direktor Fritz Fischer erstattete seinerseits Bericht über eine Vorstandssitzung der badischen Kreditgenossenschaften in Offenburg. Da wie dort, so die Direktoren übereinstimmend, sei den Genossenschaften nahegelegt worden, sich an der nationalsozialistischen Kampfbund-Organisation NS-Handelsorganisation (NS-Hago) zu beteiligen. Mit den zuständigen Herren sollte Fühlung genommen werden, „um die Aufnahme der Genossenschaft in diese vaterländische Bewegung zu erreichen“. Schon am 3. Mai 1933 wurden die Richtlinien des in Rastatt ansässigen Verbandes der badischen Kreditgenossenschaft übernommen.

Die Anpassung an die neuen Machtverhältnisse vollzog sich in kleinen Schritten. Die Gewerbebank beteiligte sich an der Adolf-Hitler-Spende „Opfer der Arbeit“ mit 200 RM (30. Juni 1933), nahm 50 Lose zu einer RM für die NSDAP ab, gab 200 RM für die „Freiburger Flugzeugspende“ (15. November 1933) oder eine Spende für das Winterhilfswerk in Höhe von 300 RM. Vorstand und Aufsichtsrat ahnten, „dass auch eine regional und lokal tätige Bank der all-orten vonstatten gehenden Gleichschaltung nicht widersetzen“ könne, wie sie intern protokollierten. Ende September 1933 erfolgte bei einer Vorstandssitzung im Hinblick auf die nächste Generalversammlung im Frühjahr 1934 eine von Direktor Emil Sepp „angeregte Aussprache über die eventuell zu erwartende Gleichschaltung des Aufsichtsrates und Vorstandes“. Es ging um Personalfragen. Schon jetzt sollte „festgestellt werden, welche Vorschläge bezüglich einer Besetzung der Aufsichtsratsstellen in den Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen Herren gemacht werden können. Man ist einstimmig der Meinung, dass im Hinblick auf die gegenwärtige Lage diese Fragen von langer Hand vorbereitet werden müssen, um ein den Geschäftsbetrieb unseres Instituts förderndes und das Vertrauen nach außen stärkendes Resultat zu erzielen.“

## Die Gewerbebank wird zum Sanierungsfall

Doch die schlimmste Krise der Gewerbebank war hausgemacht: Ende Februar 1934 wurde Direktor Fritz Fischer – ein einmaliger Fall in der Geschichte der Gewerbebank – fristlos entlassen, wegen „unkorrekten außerdienstlichem Verhaltens“, wie es Oberbuchhalter Winkler in seinen Erinnerungen beschrieb. Die „Sonderakten“ über den Vorgang sind verschollen, vermutlich wie viele Dokumente jener Zeit beim Bombenangriff 1944 verbrannt. Aus den anderen Aufzeichnungen lässt sich jedoch Folgendes rekonstruieren: Der Aufsichtsrat warf dem entlassenen Direktor vor, bei der Vergabe von Krediten zu riskant vorgegangen zu sein und nicht auf ausreichende Sicherheiten geachtet zu

haben. Da zur selben Zeit sowohl größere Rücknahmen von Geschäftsanteilen erfolgt waren als auch die Eintreibung genossenschaftlicher Pflichtanteile mit zu wenig Nachdruck betrieben worden war, hatte sich in kurzer Zeit ein Fehlbetrag von etwa 350.000 RM angehäuft.



Der Bertoldsbrunnen 1936

Die Generalversammlung am 26. März 1934 im Kaufhaussaal fand unter Aufsicht von außen statt. Neben Vorstand, Aufsichtsrat und 110 Mitgliedern waren auch zwölf Gäste, darunter Verbandsvorstand Günther aus Rastatt, anwesend. Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Fabrikant Emil Göhring, eröffnete die Versammlung mit einem Sieg-Heil-Ruf auf Adolf Hitler. Direktor Hoffmann lobte die politischen und wirtschaftlichen Umwälzungen, die durch die nationalsozialistische Revolution hervorgerufen worden seien und die ein großzügiges Programm für die Arbeitsbeschaffung im Gefolge gehabt hätten. Die Rettung der Landwirtschaft und des Mittelstandes sei erstes Gebot der neuen Regierung gewesen und habe verschiedene Maßnahmen ausgelöst wie landwirtschaftliche Entschuldungsverfahren, Erbhofgesetz, Steuergutscheine, Steuernachlässe und Zuschüsse zu Hausreparaturen und Wohnungsumbauten. Hoffmann sprach von der Finanzierung dieser riesigen Arbeitsbeschaffung, der Besserung der Wirtschaftslage und dem Rückgang der Arbeitslosenzahl und führte schließlich die Ideale und die segensreiche Wirkung der Kreditgenossenschaften am Mittelstand vor Augen, bevor er zum Tätigkeitsbericht des Vorstandes überging.

